

⇒ Johanna Klatt

Die Macht der Zivilgesellschaft und ihre ungleiche Verteilung

Es mehren sich die Hinweise auf eine Art »Meinungsepidemie« oder »Popularitäts-Zeitreihe«¹ der Zivilgesellschaft. Denn die Zivilgesellschaft in Deutschland ist in der gegenwärtigen politischen Debatte so präsent wie selten zuvor, sowohl als realer Bereich, in dem sich gesellschaftliches Leben abspielt, als auch als theoretisches Konzept, das Wissenschaft, Wirtschaft oder Politik gebrauchen. Dabei gibt es gehörig Anlass, nachdenklich zu werden.

Gewiss haben Ansätze, die Zivilgesellschaft thematisieren, sie damit fördern und unterstützen zu wollen, ihre Berechtigung. Denn die Gründe, die für eine Förderung der realen wie auch theoretischen »Civil Society« sprechen, sind mannigfaltig und nicht von der Hand zu weisen – etwa das damit einhergehende Fördern einer vitalen demokratischen Kultur und eines gesunden Gemeinwesens vieler aktiver und integrierter Menschen. Und wer sollte sich auch, in einer pluralistischen Demokratie, ernsthaft gegen Zivilgesellschaft äußern? Doch umso notwendiger mag es erscheinen, die zeitgenössische Popularität dieses Konzeptes zu hinterfragen. Warum und vor welchen Hintergründen beschäftigt man sich eigentlich so eingehend mit Zivilgesellschaft?

Derartige Fragen auf einer Metaebene »des Diskurses über den Diskurs« zu stellen, erscheint insbesondere in einer Zeit berechtigt, in der die Stärke der gegenwärtigen Zivilgesellschaft, zumindest partiell, mit einer gewissen Form politischer und öffentlicher Macht im Sinne Hannah Arendts einhergeht. Über Macht verfügen demnach viele, während der Einzelne »nur« auf Gewalt zurückzugreifen vermag.² Die fraglose Vielzahl der Fürsprecher der Zivilgesellschaft erlaubt es durchaus, von einer öffentlichen Macht derselben zu sprechen. Zwar verbirgt sich hinter den vielen ähnlich klingenden Stimmen ein

Potpourri an unterschiedlichen Akteuren und Meinungen mit zum Teil deutlich differierenden Ansinnen und Zielen. Doch durch das Hantieren mit einem Begriff wird »die Zivilgesellschaft« zu einem nicht nur machterfüllten, sondern überdies intransparenten Konzept, zu dem der Zugang von sozialen Gruppen zu allem Überfluss stark ungleich verteilt ist.

Johanna Klatt M.A., geb. 1982.

Studium der Politik-, Rechtswissenschaften und internationalen Beziehungen in Göttingen und Lissabon. Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Demokratieforschung an der Georg-August-Universität Göttingen. Promoviert zur politischen Partizipation sozial Benachteiligter. Neuere Veröffentlichungen (Auswahl): Manifeste. Geschichte und Gegenwart des politischen Appells, Bielefeld 2011 (hg. gem. mit Robert Lorenz); Entbehrliche der Bürgergesellschaft? Sozial Benachteiligte und Engagement, Bielefeld 2011 (gem. mit Franz Walter).

(1) Die Begriffe sind an dieser Stelle der mathematischen Umfrageforschung entnommen (Pitsoulis 2008).

(2) Diese steht im Gegensatz zu Gewalt, über die durchaus auch der Einzelne verfügen kann (Arendt 2006)

Im Folgenden³ soll zunächst dargelegt werden, warum Zivilgesellschaft, sowohl als praktisches als auch theoretisches Konzept in der Gegenwartsgesellschaft, über eine besondere Stärke und Relevanz verfügt.

In einem zweiten Teil richtet sich der Blick auf den gesamten Bereich der soziologischen⁴ Bürgergesellschaft und auf den Wandel in der Form von Beteiligung. Hier wird im Besonderen die Frage nach der »sozialer Basis« aufgeworfen: Wer nimmt teil an der »modernen Zivilgesellschaft«, wer eher nicht? Wo liegen vielleicht Gründe hierfür verborgen? Und inwiefern führt ein Wandel in der hiesigen Beteiligungslandschaft dazu, dass bestimmte Teile der Gesellschaft (insbesondere sozial Benachteiligte⁵) Schwierigkeiten haben, ihren Platz in ihr zu finden?

Im dritten Teil wird die wertneutrale Verwendung des Zivilgesellschaftskonzeptes in Frage gestellt und sich auf die Suche nach politischen, interessengeleiteten und weltanschaulichen Motiven begeben. Der vierte Teil fasst die herausgearbeiteten Befunde zusammen, um aus ihnen abschließende Erkenntnisse zu formulieren.

⇒ 1. Gegenwärtige Stärke und Popularität der Zivilgesellschaft

Unter Zivilgesellschaft wird hier und im Folgenden sowohl ein handlungslogisches Konzept als auch ein Bereich verstanden,⁶ der ähnlich umfassend angelegt ist wie in den Definitionen des bundesweiten Freiwilligensurveys (Gensicke/Geiss 2010) oder des Berichtes der Enquete-Kommission (2002) zur Zukunft bürgerschaftlichen Engagements. Er umfasst all jenes Engagement oder Aktivitäten von Bürgerinnen und Bürgern, die sich freiwillig aktiv engagieren. Aktives Organisieren, beispielsweise einer Bürgerinitiative, aber auch passives Mitmachen, wie etwa in einer Fußballmannschaft, werden auf diese Art unter einen gemeinsamen Oberbegriff subsumiert. Die Zivilgesellschaft wird mitunter auch mit dem Begriffskollegen »Bürgergesellschaft« beschrieben; das »bürgerschaftliche Engagement« oder die Freiwilligentätigkeiten vielfach im Grunde synonym verwendet. Hierunter fallen schließlich auch verschiedene Bereiche und Typen von Engagement: soziales, ökologisches, kulturelles oder politisches. Frei nach Alexis de Tocqueville (1986), der seinerzeit auf seiner Forschungs- und Inspirationsreise im Gemeinwesen der Vereinigten Staaten, in deren Vereinsleben und Assoziationen, eine Basis der Demokratie und »Schulen« für die amerikanischen BürgerInnen sah, werden eben jene Berei-

(3) Insgesamt wird sich in allen drei Teilen schwerpunktmäßig auf die Entwicklungen in der Bundesrepublik in den vergangenen 10 bis 15 Jahren bezogen.

(4) Schade (2002, 65) unterscheidet zwischen einem normativen und einem soziologischen Zivilgesellschaftsbegriff.

(5) Maßgeblich definiert über die Faktoren (niedriges) Einkommen und (niedriger) Bildungsgrad.

(6) Vgl. die Unterscheidung zwischen einer handlungslogischen und einer bereichslogischen Definition bei Gosewinkel u.a. (2004, 11-26).

che betrachtet und mit einem gewissen Wert für die Demokratie wie auch für die Gesellschaft versehen (Berman 1997, 401-429).

Für die Bundesrepublik beginnt die aktuelle Hochphase der intensiven wissenschaftlichen wie politischen Auseinandersetzung mit der Thematik spätestens im Jahr 2000, als der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder damit begann, die so genannte »aktive Bürgergesellschaft« (Schröder 2007) als politisch förderungswertes Ziel in den Mittelpunkt zu stellen (Andresen 2000, 94-110; Schmidt 2007). Etwa eine Dekade zuvor hatte bereits die Umbruchsituation in den ehemaligen Ostblockstaaten zu einer Renaissance der Zivilgesellschaftsidee in Westeuropa geführt. Eine mittlerweile als neo-tocquevillianisch bezeichnete Vorstellung (Llanque 2004, 42-53) von Bürger- und Zivilgesellschaft verbreitete sich daraufhin langsam auch in den westeuropäischen Ländern, die anders als ihre östlichen Nachbarn bereits über jahrzehntlang gefestigte demokratische Strukturen und Bürgerrechte verfügten. Von Skandinavien über die Niederlande bis ans Mittelmeer fand die Idee Anklang, von »Konservativen, über kulturalistische post-Marxisten bis hin zu zahlreichen Kommunitaristen« (Dekker 1998, 16). Fans der Zivil- oder Bürgergesellschaft finden sich heute in nahezu allen politischen Lagern und europäischen Ländern.

So auch in der Bundesrepublik, wo in den letzten zwei Dekaden nicht nur zahlreiche Publikationen, wissenschaftliche Projekte und Studien zum Thema erschienen sind (Alscher u.a. 2007), sondern sich ganze Forschungszentren der Civil Society widmen.⁷ Dort werden Akteure der Zivilgesellschaft in eigenen Masterstudienprogrammen aus- und fortgebildet. Und dort hat sich in unmittelbarer Nähe zum Berliner Regierungsapparat eine zunehmende Anzahl von Regenbogenorganisationen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements niedergelassen, um Einfluss auf die konkrete Politik zu üben. In die Entwicklungen im Zeitraum der letzten Dekade fallen weitere Gründungen: etwa einer Enquete-Kommission oder eines nationalen Netzwerks, das sich (u.a. durch bundespolitische Mittel finanziell unterstützt) gleichsam als Regenbogenorganisation für die Zivil- oder Bürgergesellschaft organisiert hat.⁸ Auf bundespolitischer Ebene hat die Engagementpolitik spätestens seit den neunziger Jahren an Relevanz gewonnen, und mit Hilfe einer so genannten nationalen Engagementstrategie (Bundesregierung 2009) versucht bisweilen jede Bundesregierung »ihr« Konzept der Förderung zu skizzieren. Diese parteipolitische Färbung steht unter einem bei nahezu allen großen Parteien ähnlichem Tenor: Die Zivilgesellschaft müsse gefördert und unterstützt werden.

(7) Beispielsweise das Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung an der Universität Freiburg (seit 1996), die Nachwuchsgruppe Europäische Zivilgesellschaft und Multilevel Governance in Münster (von 2004 bis 2010) das Centrum für soziale Investitionen und Innovationen in Heidelberg (seit 2006), verschiedene Forschungsgruppen am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (z.B. »Zivilengagement« seit 2008) sowie das Forschungszentrum für bürgerschaftliches Engagement in Berlin u.v.m.

(8) Vgl. das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) in Berlin. Ein weiterer in diesem Zeitraum entstandener nationaler Knotenpunkt für die Förderung von Engagementstrukturen ist die Interessengemeinschaft der Freiwilligenagenturen, die »Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (bagfa) e.V.« mit Sitz in Berlin.

Neben den Bereichen der Wissenschaft und der Politik wird schließlich auch von Seiten der Wirtschaft und den Unternehmen zunehmend auf das Konzept der Zivilgesellschaft referiert, beispielsweise im Modell der Corporate Social Responsibility, also der sozialen Verantwortung von Unternehmen.

Aus der wissenschaftlichen Distanz wird das Konzept zum Teil natürlich auch skeptisch beäugt, gelegentlich schon mal als ein etwas »goody-goody-haftes« Werkzeug (Fieschi 2010, 693) oder als eine »eierlegende Wollmilchsau« (Stolterfoht 2011, 1) bezeichnet. Diese kritischen Stimmen stehen jedoch weitgehend vereinzelt einer allgemeinen Euphorie gegenüber, die auch vor der Wissenschaft nicht Halt gemacht hat (Rauschenbach 1999, 67-76). Die »Zivilgesellschaft« sieht hierin häufig im positiven Sinne als Platzhalter für den Bürger oder die Bürgerin, die wiederum als Kernstücke der Demokratie in ihren Aktivitäten und ihrem Engagement unterstützt, anerkannt und gewürdigt werden sollen. Der bundesweite Freiwilligensurvey belegt für die vergangenen circa 13 Jahre ein relativ stabiles und im internationalen Vergleich auch recht hohes Niveau an freiwilliger Aktivität (BMFSFJ 2009). Eine gewisse »Lust« an der Thematik ergibt sich damit sicherlich auch aus der Praxis heraus, in der sich viele Menschen engagieren und es anstreben, über ihr Engagement oder das, was sie beobachten, analytisch nachzudenken.

Auf einer politisch-kulturellen und demokratietheoretischen Ebene erklärt sich die Popularität aber auch aus einem gewissen »Erfolg der Demokratien« heraus: Nachdem sich im Zuge des Umbruchs der Ostblockstaaten und des »Siegeszuges« der Demokratie in einem Großteil der europäischen Länder weitgehend demokratische Gesellschaften und Staaten entwickelt haben und nunmehr über »Postdemokratien« (Bundeszentrale für Politische Bildung 2011) diskutiert wird, stellt sich durchaus die Frage, wo westliche Gesellschaften »jenseits der Demokratie« gegenwärtig noch hinwollen? In welche Richtung soll sich unsere Zivilgesellschaft, und damit auch unsere Gesellschaft insgesamt weiterentwickeln? Somit gehört auch das Gespräch um die Civil Society zu den selbstreflexiven Aufgaben unserer Zeit.

⇒ 1.1. Verlagerung: Weg von der Parteien- und institutionellen Politik, hin zur Zivilgesellschaft

Die Stärke und Popularität des Konzeptes Zivilgesellschaft werden auch im direkten Vergleich mit den institutionellen Ebenen der Parteienpolitik evident. Hierbei ist es wichtig, sich eines gewissen Wandels der Bürgergesellschaft, oder besser: einer Verlagerung in der politischen Beteiligungslandschaft zu vergegenwärtigen. Die einen betiteln diese Entwicklungen als einen »Strukturwandel des Ehrenamts« (Behr u.a. 2000), die anderen sprechen von einem »Strukturwandel von Engagement und Partizipation« (Brömme/Strasser 2001), der im Grunde besagt, dass ein wachsender Anteil der Bundesbürger starre, feste und große Organisationen mittlerweile scheut. Jeden Donnerstagabend zur Ortsvereinssitzung zu erscheinen, ist entweder vielen Menschen immer

weniger möglich oder schlichtweg nicht mehr besonders attraktiv. Man ist vielmehr eher an bindungslosen und möglichst informellen Strukturen interessiert. Im politischen Bereich betätigt man sich in überschaubaren, fast kleinteiligen Initiativen; thematisch häufig auch »single-issue«-orientiert, d.h. mit dem Fokus auf ein spezielles Problemgebiet. Dieter Rucht (2010, 1) beschreibt diesen Wandel des politischen Engagements in Deutschland wie folgt: »Politisches Engagement hat sich von Parteien und Verbänden hin zu punktuellen, häufig lokalen politischen Aktivitäten verlagert.« Auf einer Metaebene betrachtet lässt sich die besondere Popularität gerade informeller und individueller Engagementformen feststellen (Wuthnow 1998; Stolle/Hooghe 2004), eine Entwicklung, in der man durchaus eine gewisse Tendenz zur Amerikanisierung sehen kann (Mielke 2004).-

Entwicklungen der »realen« Zivilgesellschaft, also die Veränderungen in der Struktur, der Wandel der Bürgergesellschaft, sind mit ausschlaggebend dafür, dass Zivilgesellschaft in aller Munde ist. Denn: Immer mehr Menschen beteiligen sich in der Zivilgesellschaft, während zunehmend weniger Bürgerinnen und Bürger in Großorganisationen, das heißt in den großen Kirchen, Gewerkschaften oder Parteien aktiv sind.

Durch diese Hinwendung vieler zu kleinteiligen, individuellen Beteiligungsformen, die sich nicht mehr unter das weltanschauliche Dach einer Partei oder einer Kirche, dafür aber unter den abstrakten und neutralen Großbegriff »Zivilgesellschaft« subsumieren lassen, erklärt sich womöglich auch das große Interesse an der Thematik. In der Zivilgesellschaftsliteratur beschäftigen sich damit viele »mit sich selbst«, etwa wenn über die Effekte wohlfahrtstaatlichen Handelns geschrieben wird, oder wenn Vertreter zivilgesellschaftlicher Institutionen und Einrichtungen für mehr Anerkennung zivilgesellschaftlichen Engagements das Wort ergreifen (kritisch hierzu Rauschenbach 1999).

⇒ 1.2 Der Strukturwandel als Verlagerung öffentlicher Macht

Gerade am Bereich der Parteienpolitik und am Engagement in Parteien wird erkenntlich, dass es sich bei dem Strukturwandel der Bürgergesellschaft auch, zumindest partiell, um eine Verlagerung öffentlicher Macht handelt, und zwar weg von den Parteien und hin zur Zivilgesellschaft.⁹ Zwar mag sich an den politischen Machtstrukturen und »harten« Entscheidungsprozessen innerhalb von Politik und Verwaltung wenig gewandelt haben; de facto stehen nach wie vor Parteien und ihre gewählten Vertreterinnen und Vertreter in den Räten und Parlamenten der Republik, verfügen damit formal unverändert über die politische Entscheidungshoheit (von einigen externen Einflussmöglichkeiten wie landes- und kommunenabhängigen unterschiedlichen Varianten der direkten Demokratie einmal abgesehen). Über eine öffentliche Macht im Sinne Jürgen

(9) Eine derartige Verlagerung belegt eine internationale Studie des Zentrums für Demokratie Aarau (ZDA),vgl. O.V.: Zivilgesellschaft mit Initiativen erfolgreicher als Parteien, in: Handelszeitung, 16.08.2012. Online Download unter: <http://www.handelszeitung.ch/politik/zivilgesellschaft-mit-initiativen-erfolgreicher-als-parteien> (Zugriff am 31.10.2012).

Habermas' (1998), hinter sich eine große Menge von Bürgerinnen und Bürgern zu wissen, verfügen sie damit jedoch noch lange nicht. Zivilgesellschaftliche Akteure, von internationalen NGOs bis hin zu lokalen Bürgerinitiativen, verfügen demgegenüber zum Teil über bessere Möglichkeiten, sich öffentlich Gehör zu verschaffen. Überdies ist das gesellschaftliche Ansehen zivilgesellschaftlicher Akteure weit positiver als das der von der Mehrheitsgesellschaft stets – und gegenwärtig besonders arg – gescholtenen Politikerkaste (Behnke 2009). So lassen sich einige aktuelle Krisensymptome der Demokratie – wie etwa das genannte schlechte Ansehen der Politikerinnen und Politiker insgesamt in der Bundesrepublik (ebd.), die Distanz zum System der repräsentativen Demokratie (Nolte 2010) sowie der lautstarke Wunsch nach mehr direkter Demokratie (WELT online 2011) – allesamt durchaus als Indizien für eine Bewegung weg von Parteien und hin zu »mehr Macht« für eine vermeintlich »freie«, wertneutrale und vertrauenswürdigeren Zivilgesellschaft lesen. Negativ betrachtet ist in der hohen Popularität des Zivilgesellschaftskonzeptes auch die Suche nach Alternativen zu erkennen, nach Alternativen zu einer missliebig beäugten Politikwelt.

⇒ 2. Die soziale Basis der Zivilgesellschaft

Gewiss vermögen die genannten Entwicklungen mindestens ebenso viel Anlass zu Optimismus geben. Denn es erscheint zunächst einmal gewinnbringend für die Demokratie und ihre politische Kultur zu sein, wenn sich der (oder die) Citoyen engagiert, einbringt und wenn (wie zuletzt durch die Protesterfahrungen gegen das Bauprojekt Stuttgart 21 angeregt) viele »Mutbürger« (Leggewie 2011) ein starkes Interesse für politische Fragen bekunden. Durch die genannte Verlagerung von großorganisatorischen Strukturen hin zur Zivilgesellschaft verfügt diese über ein ungemeines Humankapital engagierter Bürgerinnen und Bürger, die sich gerade durch die strukturelle Kleinteiligkeit der Zivilgesellschaft, also durch ihr Single-issue-Engagement, besonders effizient und zum Teil erfolgreich für oder gegen eine Sache einsetzen können. Gerade in der Berliner Republik, in der eine Vielzahl wirtschaftlicher Lobbyunternehmen und -gruppen versucht, von außen Einfluss auf politische Entscheidungen und ihre gewählten Entscheidungsträgerinnen und -träger zu nehmen, bedarf es einer derartig zielgerichteten und schlagkräftigen Zivilgesellschaft wie der gegenwärtigen.

Jedoch geht ein Wandel in der Form von Engagement stets auch mit einem qualitativen Wandel einher: Neue, moderne Beteiligungsformen mögen nämlich auch einen Einfluss darauf ausüben, wer sich beteiligt – und wer nicht. In der Partizipationsforschung wird dies anhand der »mobilization theory« bzw. der »supplement theory«, der Mobilisierungs- und Ergänzungstheorie (Togeby 1993) bereits seit den neuen sozialen Bewegungszeiten der 1970er und 1980er Jahren diskutiert: Lassen sich durch Veränderungen in der Beteiligungsform neue, bislang eher weniger politisch beteiligte Gruppen mobilisie-

ren? Oder beteiligen sich an neuen Aktivitätsformen ohnehin stets die »üblichen Verdächtigen«?

⇒ 2.1 Sozial Benachteiligte und unkonventionelle politische Beteiligung

An Protesten und Demonstrationen lässt sich vortrefflich ablesen, dass unkonventionelle politische Beteiligung (Rijke 2009, 225)¹⁰ – und damit ein nicht ganz unerhebliches Teilgebiet der modernen Zivilgesellschaft – gegenwärtig durch eine hohe Bildungs- und Einkommensungleichheit geprägt ist. Van Aelst und Walgrave (2001, 462) weisen aus einer historischen Perspektive heraus darauf hin: »Protest ist nicht länger ein unorganisierter Ausbruch der unzufriedenen Unterschicht, sondern der Bereich der politisch Aktiven, gut-gebildeten Mittelklasse.« An ein paar bundesweit auffällig gewordenen Beispielen unkonventioneller Beteiligung ist dies erkennbar. Die Hamburger Bürgerinitiative »Wir wollen lernen«, die sich gegen die geplanten Bildungsreformen des Hamburger Senats einsetzte, gibt zum einen ein gutes Beispiel für die ungemein guten Erfolgsaussichten dieser zivilgesellschaftlichen Partizipationsform ab, zum anderen jedoch auch für deren soziale Ungleichheit. Denn am Abstimmungstag stimmten gerade die Bewohner sozial höher gestellter Stadtviertel ab, während Angehörige strukturschwacher Viertel vergleichsweise seltener den Gang zu den Urnen wagten. Sehr kritisch betrachtet könnte die Hamburger Initiative damit als typische »NIMBY«-Bewegung (»not-in-my-backyard«) angesehen werden, als eine Bewegung also, die hauptsächlich von Menschen mit vergleichsweise höheren individuellen Ressourcen organisiert und unterstützt wurde. Natürlich, so der augenblickliche Einwand vieler Befürworter zusätzlicher direktdemokratischer Elemente, muss an dieser Stelle auch beachtet werden, dass politische Partizipation nun einmal generell ungleich verteilt ist, sowohl die unkonventionelle wie auch die konventionelle. Und in der Tat trifft dies beim regulären Wahlgang bei Bundes-, Landtags- oder Kommunalwahlen zu. So argumentiert zum Beispiel der Berliner Politikwissenschaftler Otmar Jung (2010, 11), dass »Unterschichten die demokratischen Instrumente – Wahlen und Abstimmungen – weniger nutzen als die nach Bildung und Einkommen Bessergestellten«; das sei nichts wirklich Neues, vielmehr »ein alter Hut«. Derartig schnell lässt sich diese Problematik an dieser Stelle jedoch nicht abtun. Differenzierter erscheinen hier die Befunde des Politologen Armin Schäfer, der sich ein wenig in den Zahlenschwung der Partizipationsdaten begeben hat. Seine Ergebnisse zeigen, dass unkonventionelle Beteiligungsformen wie Unterschriftensammlungen, Bürgerinitiativen, kritischer Konsum oder Online-Protest in der Regel noch ungleicher verteilt sind als etwa die Teilnahme an Wahlen. Der regelmäßige Urnengang bleibt damit die am wenigsten sozial ungleiche Beteiligungsform. Deshalb, so die Schlussfolgerung Schäfers (2009, 5), ist der Wandel vom konventionellen zum unkonventionellen

(10) Rijke verweist auf Gabriel (2005).

politischen Engagement so verheerend, denn »gemeinsam schaden beide Trends dem demokratischen Ideal politischer Gleichheit«.

Der Spiegel sieht im Beispiel der bayerischen Initiativen zum Thema Nicht-raucherschutz ein ähnliches Beispiel. Am 4. Juli 2010 fand dort der Volksentscheid zum Volksbegehren statt (Rehmet 2011, 21). »Wenn man davon ausgeht, dass ärmere Schichten stärker rauchen als wohlhabende, hat der bayrische Volksentscheid auch eine soziale Komponente. Die Mittelschicht hätte sich durchgesetzt, und das ist nicht untypisch für Bürgerbewegungen« (Bartsch u.a. 2010, 69), kommentierte der Spiegel. Wie auch immer man persönlich zu den jeweiligen Entscheidungen stehen mag, ob für oder gegen den Hamburger Reformvorschlag, für oder gegen ein öffentliches Rauchverbot: Entscheidend ist in beiden Fällen der Blick auf die zentralen Akteure: Es handelte sich maßgeblich um eine gut- bis sehr-gut gebildete Gruppe, die den Gang in die Abstimmungskabinen antrat. Im südlichen Nachbarland in Stuttgart ließ sich im letzten Jahr tagtäglich in den Medien etwas Ähnliches beobachten: Ergebnisse einer Studie des Instituts für Demokratieforschung belegen, dass es sich mehrheitlich um eine »privilegierte Schicht handelte, die sich da vor dem Rathaus und im Mittleren Schlossgarten Gehör verschaffte« (Walter 2011). Circa 42 Prozent der Demonstranten verfügten über einen Hochschulabschluss; gut 70 Prozent über eine bestandene Abiturprüfung (Institut für Demokratieforschung 2010, 6).

Eine qualitative Studie des gleichen Instituts untermauert diese Thesen. Sie fragte nach den Gründen und Hintergründen für die Zurückhaltung in Sachen Beteiligung bei sozial Benachteiligten. Im Rahmen eines vom Bundesfamilienministerium finanzierten Projektes, das Engagement und Aktivitäten, Gründe für Nicht-Engagement und Inaktivität sowie die Einstellungen gegenüber der Bürgergesellschaft von Bewohnern und Bewohnerinnen sozial benachteiligter Stadtteile untersuchte, zeigten sich nur wenige der Interviewten politisch aktiv, weder in Parteien, Gewerkschaften noch in anderen Organisationen. Nur sehr vereinzelt berichtete jemand, dass er oder sie an einer Unterschriftenaktion teilgenommen, sich im Internet virtuell engagiert, etwas boykottiert oder eine Bürgerinitiative unterstützt hätte. Jedoch erklärten viele Interviewte, vielfach trotz aller vorhandener Fremde gegen Politik und Parteien, an einem Punkt im übertragenen Sinne: »Aber ich gehe wählen!« Das individuelle Wahlrecht war für die meisten Befragten nicht nur wichtig im Allgemeinen, sondern auch die persönlich nächstliegende und oftmals einzige Form einer politischen Beteiligung (Klatt/Walter 2011, 159-162). Wählen zu gehen bleibt damit – auch in Zeiten der Internetpartizipation und der wachsenden Varianten von Bürgerbeteiligung – die demokratische Beteiligungsform, deren Zugangsschwelle am niedrigsten liegt.

⇒ 2.2 Gründe für die Selbstselektion

Als Gründe für die Scheu vor politischer Beteiligung spielte die geforderte Eigen- oder Selbstinitiative eine wichtige Rolle.¹¹ Viele Bewohnerinnen und Bewohner sozial benachteiligter Stadtteile trauen sich offenbar schlicht keine Eigeninitiative zu. Der Gedanke, sich Neuem zu nähern oder etwas Unbekanntes auszuprobieren, lag häufig eher fern, so dass das Mitmachen bei Flashmobs, Bürgerinitiativen, Unterschriften- oder Onlineaktionen kaum zur Debatte stand. Die Bundesregierung spricht in diesem Zusammenhang von »Mechanismen des Selbstausschlusses«, die – neben den »harten« Faktoren Einkommen und niedrigem sozialen Status – zusätzlich dazu führen, dass sozial Benachteiligte sich »ein Engagement nicht zutrauen« (Deutscher Bundestag 2008, 98). Und in der Tat verhindert gerade das geringe Zutrauen in sich selbst, in die eigenen Fähigkeiten, dass sich diese Bürger dem Stand einer politischen Initiative zu nähern, geschweige denn selbst eine in die Wege zu leiten.

Politische Partizipation aber auch bürgerschaftliches Aktivsein im Allgemeinen verlangen vergleichsweise viel vom Individuum. Zunächst zu nennen wären an dieser Stelle Informationskompetenzen in Bezug auf Orte der Beteiligung und Kenntnisse über Wege, sich einbringen zu können. Aber natürlich spielt auch der Glaube und das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten eine große Rolle, um die Angst abzulegen, sich in der Öffentlichkeit oder in einer sozialen Gruppe zu blamieren oder bloßzustellen. Das Wirken und Mitmachen in der öffentlichen Sphäre erfordert überdies eine besondere Artikulationsfähigkeit, gerade bei Formen politischer Beteiligung. Sprache ist hierbei ein entscheidendes Element und vielfach sicherlich auch eine Barriere zur persönlichen Partizipation sozial Benachteiligter. Viele Formen politischer Beteiligung aus dem Raum der Zivilgesellschaft heraus, beispielsweise in Form eines Appells oder eines Manifestes (Klatt/Lorenz 2011), basieren auf der Fähigkeit, sich gut ausdrücken zu können, öffentliche Macht durch die Menge im Sinne Hannah Arendts (2006) zu kumulieren und auf diese Art politischen Druck von außen auf Politikmachende auszuüben. Dass jedoch die Fähigkeit, sich eloquent auszudrücken und damit andere Menschen für sich zu gewinnen, individuell unterschiedlich ausfällt, lässt sich bereits in der Schule bei KlassensprecherInnenwahlen beobachten. Bildungsschwächere Bürgerinnen und Bürger sammeln hier womöglich bereits in der Schulzeit selten Erfahrungen, die sie in ihrem Wirken nach außen und in der Öffentlichkeit bestärken und ihnen Mut machen, ihre Stimme zu erheben.

Zudem erfordert der zivilgesellschaftliche Einsatz für oder gegen eine bestimmte Problematik oder Thematik, sich mit anderen zusammen zu tun, Alliierte und Gleichgesinnte zu finden und gemeinsam die eigene Schlagkraft

(11) Bei bürgergesellschaftlichem Engagement spielt der Glaube, »dass man die Verhältnisse auch selber beeinflussen kann« eine Rolle. Unter anderem aus diesem Grund ließe sich von einem »Rückzug der Armen« sprechen, argumentieren Böhnke/Dathe (2010, 17).

zu erhöhen. Wie jedoch Karin Lenhart (2011) eindrucksvoll in ihrer Studie über die Perspektive Erwerbsloser aufgezeigt hat, scheuen diese oftmals bewusst den Kontakt mit anderen Arbeitslosen. Die Angst ist groß, dass ein solcher Kontakt zusätzlich »herunterzieht«, die negative Stimmung ansteckend wirkt und an der misslichen eigenen Lage nicht ändert, sie eher gar verschlechtert. – Dabei wird jedoch Arbeitslosigkeit unzweifelhaft als primäres Problem und zentrale Thematik unter vielen sozial Benachteiligten (natürlich insbesondere den selbst Betroffenen, jedoch in ähnlicher Weise bei Freunden, Verwandten, Bekannten) verstanden (Klatt/Walter 2011). – Folglich müsste eine politische Beteiligung und Organisation primär dieses Thema zum Ausgangspunkt nehmen.

Die Thematik selbst stellt dabei jedoch eine Hürde auf dem Weg hin zum politischen Engagement dar. Denn: Sich politisch zu beteiligen, geschieht meist in der Öffentlichkeit. Themen aus dem privaten Bereich werden aus diesem Grund vielfach unterdurchschnittlich vertreten. Nicht ohne Grund proklamierte die Emanzipationsbewegung in den 1970er und 1980er Jahren in der Bundesrepublik, das »Private sei politisch!« – denn scheinbar private, individualisierte Themen wie die Haushaltsleistungen oder das Recht auf Abtreibung sollten öffentlich sichtbar gemacht und damit für die politische Debatte geöffnet werden. Politische Beteiligung verlangt damit vom Einzelnen, sich offen erkenntlich zu geben, zu einem Thema »Farbe« zu bekennen. Bei einem gesellschaftlich individualisierten und zumal stigmatisierten Thema wie dem Problem der Arbeitslosigkeit schafft dies jedoch selbstredend große Schwierigkeiten für das betroffene Individuum (Baumgarten 2011, 4).

Besonders motivierend für das eigene Engagement kann zudem die Hoffnung auf eine baldige Veränderung in der Zukunft wirken, oder zumindest das Gefühl, es bestünde die Möglichkeit, dass sich an der gegenwärtigen, defizitär wahrgenommenen Situation perspektivisch etwas ändert (Rucht 2010, 2). Ein alternatives Handlungsszenario oder ein konstruktiver Lösungsansatz können dazu motivieren, dass sich gemeinsam organisiert, sich selbst beteiligt wird, dass man an Unterschriftenaktionen teilnimmt oder sich an jemanden wendet, der politischen Einfluss nehmen könnte. Doch gerade in Bezug auf das individualisierte Problem der Arbeitslosigkeit besteht vielfach keine sichtbare Alternative. Insbesondere in städtischen Problemquartieren ist man sich der Tatsache bewusst, dass es an Arbeitsmöglichkeiten mangelt – jetzt und in Zukunft. Gerade Langzeitarbeitslose nehmen sich kaum als ein Teil der Gesellschaft wahr,¹² was im Umkehrschluss dazu führen kann, dass man sich nicht selbst als jemanden betrachtet, der auf diese Mehrheitsgesellschaft einwirken kann – oder auch nicht dazu berechtigt wäre. Der Befund, dass Bürgergesellschaft und Arbeitsgesellschaft häufig in der Wahrnehmung sozial Benachteiligter gegenseitig ausschließend wirken, ja, dass sogar die Integration in den Arbeitsmarkt als Voraussetzung für Engagement und Beteiligung wahrgenommen wird, lässt einen sehr problematischen Schluss über die Beteiligung aller sozialen Grup-

(12) Böhnke (2006, 133) spricht in diesem Zusammenhang von »mangelnde[r] Wertschätzung als respektiertes Gesellschaftsmitglied«.

pen in der Bundesrepublik zu: dass sich sozial Benachteiligte vielfach nicht »berechtigt« fühlen oder sehen, selbst die Stimme zu erheben.

Diese Befunde bestätigen damit (leider) die skeptische Sicht einiger Historiker und Politikwissenschaftler. Beispielsweise die von Paul Nolte (2003, 45), der Tendenzen in der Zivilgesellschaft wie folgt beschreibt: »Andererseits sind die neuen Formen des Bürgerengagements, die in den letzten Jahrzehnten gegenüber der klassischen Vereins-, Verbände- und Organisationskultur an Bedeutung gewonnen haben (z.B. Bürgerinitiativen, Protestbewegungen), in auffällig hohem Maße durch eine postbildungsbürgerliche Mittelklasse geprägt und vielfach in weit geringerem Ausmaß zur klassenübergreifenden Integration in der Lage, als das in dem traditionellen Muster der Fall war«. Auch Franz Walter (2006) ist in seiner Mahnung zuzustimmen, dass man im »neuen Unten« inzwischen »gleichsam negativ individualisiert« sei. »Die Teilhabedemokratie öffnet und verallgemeinert keineswegs die Chancen aller, wie ihre Befürworter vermuten, eher verfestigt sie die Elitenstruktur moderner Demokratien nach dem Auslaufen der Massen- und Kollektivorganisationen noch« (Walter 2011, 63). Dirk Jörke (2011, 16) spricht schließlich im Angesicht dieser Teilhabedemokratie sogar von einer »Spielwiese der Modernisierungsgewinner«. Es verdichten sich damit die Indizien, dass insbesondere Bildungsschwache in einer hoch individualisierten Bürgergesellschaft ihre Schwierigkeiten haben, ihren Platz zu finden, geschweige denn ihre Interessen angemessen zu repräsentieren. Die klassische Überlegung der politischen Partizipationsforschung, die sich um die Frage dreht, ob es bei den neuen, besonders populären und weit verbreiteten Formen der Beteiligung nun um Mobilisierung (mobilization theory) oder um eine Ergänzung (supplement) (Togoby 1993) – handelt, verweisen eher auf ein Zutreffen der »supplement theory«. Denn, wie gesagt, es beteiligten sich vornehmlich bereits Aktive anderer, »moderner« Beteiligungsformen, wodurch sich schon bestehende Ungleichheiten hinsichtlich der Faktoren Bildung und Einkommen verfestigen können.¹³

⇒ 3. Die Zivilgesellschaft und die parteiischen Motive für ihre Förderung

Zwar ist es in der forschenden Analyse durchaus umstritten, ob, entlang etwa der Überlegungen Alexis de Tocquevilles, jegliches zivilgesellschaftliche Handeln einen Wert für das demokratische Gemeinwesen in sich birgt (Berman 1997). Nichtsdestotrotz handelt die gegenwärtige Engagementpolitik in Deutschland und in vielen Nachbarländern (vgl. etwa die Niederlande und Österreich) mit ihrer praktischen Engagementförderung im Grunde entspre-

(13) Petersen (2009) bestätigt z.B. dass sich in unkonventionellen politischen Beteiligungsformen die Nicht-Beteiligung in konventionellen Bereichen durchaus nicht auszugleichen vermag, anders formuliert: dass unkonventionelle Beteiligungsformen derzeit nicht neue, andere oder bislang nicht-wählende Wählergruppen zu mobilisieren vermögen. »Auch die Vorstellung, dass Wahlverweigerung mit einer aktiven politischen Teilnahme abseits der traditionellen Bahnen, etwa in Bürgerinitiativen, einhergehen könnte, führt in die Irre: 49 Prozent der regelmäßigen Wähler und 19 Prozent der Nichtwähler sind abseits politischer Parteien ehrenamtlich aktiv, sei es in Vereinen, Bürgerinitiativen, Kirchengemeinden oder in anderen Organisationen.«

chend dieser so genannten neo-tocquevillianischen Maxime. Nahezu alle großen Parteien und Fraktionen sowie die ihnen nahe stehenden politischen Stiftungen thematisieren mittlerweile »die Zivilgesellschaft« und deren in vielerlei Hinsicht positiven Wirkungen auf Gesellschaft und Demokratie. Dabei wird ebenso eine gewisse Überparteilichkeit und Gemeinschaftlichkeit des politischen Handelns betont. Und eine verstärkte Anerkennungspolitik für das bürgerschaftliche Engagement in Deutschland ist ein gemeinsamer Nenner, dem nahezu alle politischen, im Parlament vertretenen Parteien zustimmen. Vordergründig klingen die Zielvorgaben der einzelnen im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien¹⁴ dabei recht ähnlich: »Ohne ehrenamtliches Engagement würde unsere Gesellschaft verarmen«, betont zunächst die Christdemokratische Union (2007, 10) in ihrem Grundsatzprogramm. – Ihre bayerische Schwesterpartei, die CSU (2007, 56-57), appelliert: Die »Aktive Bürgergesellschaft« sei »ein Modell für die Menschen, sich zu entfalten«. Die SPD (2007, 30) setzt sich laut ihrem aktuellen Parteiprogramm für eine »starke, lebendige Bürgergesellschaft« und »vitale Zivilgesellschaft« ein. – Den Grünen (2002) geht es gleichsam um »die Weiterentwicklung der Bürgergesellschaft und des zivilgesellschaftlichen Engagements«, – während die FDP (2012, S.64) eine »offene Bürgergesellschaft« einfordert.

Vordergründig wird damit im überparteilichen Einklang die »Richtigkeit« und Eindeutigkeit des Weges, auf dem man sich befindet, betont, nämlich die Bürgergesellschaft zu stärken. Insbesondere der rund achthundert Seiten umfassende Bericht der Enquete-Kommission zur Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements ist ein Zeugnis dieser Betonung von politischer Einmütigkeit. Doch erscheinen dabei nicht zuletzt die Fußnoten dieses ausführlichen Dokumentes lesenswert, denn sie stechen aus dem betont konsensualen Leitton hervor. Denn hier stößt man tatsächlich auf abweichende Meinungen, die Streitpunkte, die Dissenzen und Konfliktlinien – jenseits der betonten Gemeinsamkeit des politischen Handelns.¹⁵

Auch innerhalb der Zivilgesellschaft findet der Terminus vermeintlich neutrale Verwendung, mit durchaus sehr unterschiedlichen Inhalten, die sich dahinter auftun. So setzt sich zum Beispiel die »Zivile Koalition«¹⁶ für »mehr zivilgesellschaftliches Engagement in Deutschland« ein. Sie agiert damit aber als ein Zusammenschluss von Bürgern, hinter dem sich wirtschaftsliberale Vorstellungen verbergen, für die man gezielt lobbyiert.

Doch eigentlich müssten sich die weltanschaulichen Konzepte und Motive, die sich hinter einer Förderung der Zivilgesellschaft einzelner Parteien verbergen, recht deutlich voneinander unterscheiden. Während zum Beispiel eine eher

(14) Einzig bei der Partei Die Linke findet sich keine explizite Thematisierung der Zivilgesellschaft, zumindest nicht in eigenen Passagen oder Absätzen.

(15) Beispielsweise des Politikwissenschaftlers und Sachverständigen der Kommission Roland Roth, der mehrfach im Sondervotum die Verantwortung des Staates betont und damit etatistischere Vorstellungen an den Tag legt als beispielsweise sein sachverständigen Mitgliedskollege Rupert Graf Strachwitz (Enquete-Kommission 2002, 59-61, FN 3,4 und 5).

(16) Vgl. die eigene Homepage der Initiative mit Selbstdarstellung: <http://www.zivilekoalition.de/wer-wir-sind>

etatistisch orientierte Politik verstärkt die Hilfe und Unterstützung des Staates als Voraussetzung für bürgerschaftliches Engagement betrachtet, sehen liberale Vorstellungen gerade in der Freiheit der Zivilgesellschaft und in dem Handeln der Bürgerinnen und Bürger die Voraussetzungen für Staatlichkeit (Kriesi 2010). Die ähnlich klingenden Formulierungen von Seiten der verschiedenen Parteien und Fraktionen erscheinen hierbei nicht ganz unproblematisch. Denn durch die Betonung von Gemeinsamkeit und gutwilliger Förderung eines schlichten »Mehr an Zivilgesellschaft«, bleiben gleichzeitig die Differenzen und unterschiedlichen Vorstellungen, die sich hinter dem Zivilgesellschaftskonzept verbergen, dem Wähler und der Wählerin verborgen.

Zwar finden sich durchaus parteipolitische Unterschiedlichkeiten in der Engagementpolitik. Dies lässt sich zum Beispiel an den Reaktionen erkennen, die die aktuelle nationale Engagementstrategie der schwarz-gelben Bundesregierung vielfach hervorgerufen hat.¹⁷ Jedoch bewegt sich diese Auseinandersetzung nicht offen in einem parteipolitischen Raum; die Parteien oder Fraktionen argumentieren an diesem Punkt nicht transparent (genug) gegeneinander, so dass sich hier für den Wähler im Wahlprozess kaum eine Entscheidung zwischen verschiedenen zivilgesellschaftlichen Weltanschauungen oder konkreten alternativen Zivilgesellschaftsszenarien treffen ließe. Zwar verlaufen auch die Diskussionen im nunmehr seit fast zwei Dekaden bestehenden Unterausschuss für bürgerschaftliches Engagement über engagementpolitische Maßnahmen öffentlich, werden protokolliert und somit eigentlich der gesellschaftlichen Debatte geöffnet. Auf die entscheidenden weltanschaulichen Unterschiede zwischen den Parteien bzw. Fraktionen und dem jeweiligen »Warum« für die Förderung der Zivilgesellschaft stößt man aber nur mit einigem detektivischen Spürsinn und nach intensivem Durcharbeiten ellenlanger Protokolle.

Dabei handelt es sich keineswegs um »kleine« politische Streitfragen, etwa darum, ob und welche Vereinsheime renoviert werden müssten oder welche Bürgerinitiative eine Förderung erhält. Es geht um viel Grundsätzlicheres: Welche Rolle soll der Staat oder die Wirtschaft in einer Gesellschaft einnehmen? Welche Freiheiten sollen ihnen zukommen und welche Verantwortung ihnen zugleich obliegen?

Trotz der Tendenzen der Parteien, sich diesbezüglich zum Teil stärker anzunähern (gegenwärtig gerne verwendete Schlagworte wie die »Sozialdemokratisierung« der CDU oder die »Neo-Liberalisierung« der SPD kommen hier in den Sinn), unterscheiden sich ihre politischen Frontlinien oder »Cleavages« nach wie vor. So rücken beispielsweise die Unionsparteien verstärkt den Subsidiaritätsgedanken in den Mittelpunkt und sehen in der Selbstorganisation der Bürgergesellschaft ein zentrales, durchaus schützenswertes Prinzip, das einer zu starken »Einmischung« des Staates (und damit teilweise auch einer finan-

(17) Für eine Kritik aus dem Bereich der Zivilgesellschaft vgl. die Reaktion des Bündnis Gemeinnützigkeit (2010), das die Bundesregierung u.a. dafür kritisiert, dass sie »massiv die geweckten Erwartungen« enttäuscht.

Für Reaktionen aus der Politik selbst vgl. kritische Stimmen aus dem nationalen Parlament: O.V. (o.Datum): Engagementstrategie der Regierung unter der Lupe. , in: Homepage des Deutschen Bundestages. Download unter: http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2010/32655309_kw50_sp_engagement/index.html (Zugriff am 31.10.2012).

ziellen Subventionierung) der Bürgergesellschaft »im Kleinen« entgegensteht. Diesen Grundgedanken führt die »offenen Bürgergesellschaft« der Liberalen fort, indem sie das Heraushalten des Staates betont: »Bürgerschaftliches Handeln hat Vorrang vor dem staatlichen« (FDP 2012, 71). Sich selbst eher links der Mitte verortende Parteien sehen wiederum häufig in einer zu starken Betonung des »Selbst-in-die-Hand-Nehmens« der Bürgergesellschaft die Gefahr, dass diese als »Lückenfüller« des Sozialstaates erhalten müsse (Simsa 2001, 29).

Einzig die den Grünen nahestehende Heinrich-Böll-Stiftung hat inzwischen den Versuch unternommen, über einen Prozess der Selbstreflexion und Selbstdistinktion mehr Klarheit gegenüber anderen zivilgesellschaftlichen Weltanschauungen anzustreben. Das Papier »Bürgerschaftliches Engagement in Grüner Perspektive« (Evers u.a. 2010) stellt den Versuch dar, »grüne« Handlungsvorschläge für die Förderung der Bürgergesellschaft herauszuarbeiten. Doch auch dieser Entwurf bedient sich zum Teil stark allgemeiner positiver Begrifflichkeiten und lässt dadurch bislang nur in geringem Maße eine klare und erkennbare Leitlinie erkennen, die sich insbesondere von anderen Parteien des linken Spektrum abgrenzen ließe.

In der der Sozialdemokratie nahestehenden Friedrich-Ebert-Stiftung unterscheidet man bipolar zwischen den zwei Vorstellungen der »liberalen« und der »solidarischen« Bürgergesellschaft (Gombert u.a. 2012, 88). Dieser akademische Versuch einer Differenzierung anhand der aktuellen Parteiprogramme der im Bundestag vertretenen Parteien fügt der unklaren Diskussion jedoch im Grunde nur zwei weitere semantische Oberbegriffe hinzu, die in der diskursiven Praxis wenig Verwendung finden. An dieser Stelle liegt der Ball vor allem im Feld der etablierten Parteien und ihrer Stiftungen, hier nicht nur ihrer Rolle als Think Tanks und ideologische Vordenker nachzukommen, sondern auch als Akkumulatoren und Aggregatoren unterschiedlicher Politikvorstellungen zu wirken. Denn sie könnten damit die zahlreichen divergierenden »guten Gründe«, Zivilgesellschaft zu fördern, offenlegen, ihre Präferenzen klar zum Ausdruck bringen, der Zivilgesellschaftspolitik quasi ihre jeweils eigene »Farbe« verleihen. Dann wäre für den Wähler einiges an Klarheit und Transparenz geschaffen.

⇒ 4. Fazit

Die Zivilgesellschaft ist gegenwärtig nicht nur mächtig, in Theorie und Praxis, ihre Förderung wird zum Teil auch aus nicht immer klar erkennbaren Gründen und Motiven heraus gefordert. Für eine pluralistische Demokratie, die von der Wahlmöglichkeit des Citoyen zwischen verschiedenen Politikangeboten lebt und die es anstrebt, die Meinungs- und Interessenvielfalt in der Gesellschaft widerzuspiegeln, erscheint dies nicht ganz unproblematisch. Denn so hehr und heilig das Ziel auch sein mag, parteiübergreifend zu arbeiten und ein konsensfähige Politik zu betreiben, so erscheint zumindest dann ein »zu viel des Gu-

ten« erreicht, wenn sich für die Wählerin oder den Wähler kaum mehr klare parteipolitische Leitlinien oder Gruppeninteressen ausmachen lassen. Ohne sie lassen sich weder eine individuelle Wahlentscheidung treffen noch finden die eigenen Interessen angemessene Vertretung im Politikprozess. Zudem: Die Gefahr, dass bestimmte soziale Gruppen und ihre Bedürfnisse quasi hinten runter fallen und nicht repräsentiert werden, liegt dann auf der Hand.

Mehr Offenheit und Transparenz lauten an dieser Stelle die Schlagworte, die das umschreiben, was für den Umgang mit der Zivil- oder Bürgergesellschaft wohl angebracht wäre. Fast überfällig erscheint eine beispielhafte Initiative aus dem Bereich der Zivilgesellschaft selbst: Die Initiative Transparente Zivilgesellschaft (angeregt durch die NGO Transparency International Deutschland e.V.) regt jegliche Organe der Zivilgesellschaft – Organisationen, Vereine, Träger, Initiativen oder Stiftungen – insbesondere dazu an, ihre Finanzquellen und Förderer offenzulegen, um damit auch, zumindest mittelbar, ein wenig mehr Klarheit in die zum Teil parteiischen oder interessengeleiteten Motive zu bringen.

Schließlich gilt es nicht nur, die Machtverhältnisse im internationalen Bereich zu betrachten und hier zwischen starken und weniger starken Zivilgesellschaften zu vergleichen (wie dies etwa in der vergleichenden politikwissenschaftlichen Forschung oder auch in den Internationalen Beziehungen vielfach praktiziert wird). Es sollte ein munterer Diskurs über die Machtverhältnisse und Strukturen innerhalb der Zivilgesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland angestoßen und geführt werden. Vorschläge gibt es diesbezüglich bereits einige: Die Sozialwissenschaftlerin Jeanette Schade (2002, 64ff) etwa appelliert, den exkludierenden Charakter von Gemeinschaften oder Netzwerken, auch Machtasymmetrien und Legitimationsprobleme innerhalb der Zivilgesellschaft kritisch zu diskutieren; eine Anregung, die offensichtlich noch auf wenig praktische Umsetzung gestoßen ist. Die Forderung, bewusster und durchaus parteiischer mit dem Begriff Zivilgesellschaft umzugehen, darf sich allerdings nicht auf die Parteienlandschaft beschränken. Auch die Zivilgesellschaft selbst, in ihr die Akteure großer Stiftungen, Organisationen, aber auch der Wirtschaft, sollten sich hiervon angesprochen fühlen.

Schließlich bedarf es insbesondere für den Bereich der politischen Partizipation eines größeren Bewusstseins für die qualitative Ungleichheit der Repräsentation von Interessen. Denn die starke Intransparenz, mit der gegenwärtig der Begriff der Zivilgesellschaft für »alles Mögliche« herzuhalten vermag, verdeckt ganz nebenbei dahinter liegende gesellschaftliche Ungleichheiten. Sozial Benachteiligte, das heißt insbesondere Menschen mit geringem Bildungsgrad und mit sozialen Netzwerken in so genannten »Problemvierteln«, haben nur leise Stimmen in der Zivilgesellschaft. In politischen Partizipationslandschaften wie der gegenwärtigen »Post-Stuttgart 21«-Kultur wiederum, in denen sich Beteiligung zunehmend außerhalb der Parlamente und Räte abspielt, verstärkt sich ein Prozess, in dem die politische Repräsentation von Interessen in eine Schiefelage geraten ist. Denn je lauter diese Stimmen von Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft werden, desto gewichtiger erscheint die Frage, wer hinter

ihnen steht – und wer nicht. Aus gesellschaftlich-emanzipatorischen Erwägungen heraus zunächst positiv erscheinende Entwicklungen wie das Erstarren der Zivilgesellschaft und das Engagement einer aktiven Bürgerschaft offenbaren hier ihre Schattenseiten, denn sie beschränken sich auf die Gruppe Bildungsstarker. Menschen mit geringem Zutrauen in ihre eigenen Fähigkeiten und persönliche Wirkungsmacht sind aus vielfältigen Gründen hiervon ausgeschlossen.

Um dieser Ungleichheit wiederum entgegen zu wirken, bedarf es vor allem unterstützender Maßnahmen für die Artikulation der Interessen sozial Benachteiligter, individueller Förderung, Befähigung und Ausbildung zur Teilnahme an der Zivilgesellschaft. Jedoch müssen all diese Maßnahmen von einem verstärkten gesellschaftlichen Bewusstsein dafür flankiert werden, dass es sich mit dem Bereich der Zivilgesellschaft nicht ausschließlich um etwas vages »Gutes«, sondern auch um einen Machtbereich handelt, der von unterschiedlichen Interessen gekennzeichnet und durchdrungen ist.

⇒ Literaturverzeichnis

Aelst, Peter van; Walgrave, Stefaan (2001): Who is that (wo)man in the street? From the normalisation of protest to the normalisation of the protester, in: *European Journal of Political Research* 39, 461-486.

Alscher, Mareike; Dathe, Dietmar; Priller, Eckhard; Speth, Rudolf (2009): Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland, Berlin. Download unter: <http://www.bmfsfj.de/Redaktion/BMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/buergerschaftliches-engagement-bericht-wzb-pdf,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf> (Zugriff am 31.10.2012).

Andresen, Karen (2000): Freiwillige. Pflege der Seele, in: *Der Spiegel* 45, 94-110.

Arendt, Hannah (2006): *Macht und Gewalt*, München u.a.: Piper.

Bartsch, Matthias; Becker, Sven; Bode, Kim; Friedmann, Jan; Hollersen, Wiebke; Kaiser, Simone; Kurbjuweit, Dirk; Müller, Peter; Popp, Maximilian; Schmid, Barbara (2010): Volk der Widerborste, in: *Der Spiegel* 35, 64-72.

Baumgarten, Britta (2011): Abseits in der Zivilgesellschaft. Lobby und Engagement Arbeitsloser sind schwach, in: *WZBrief Zivilengagement*, 4, Oktober 2011. Download unter: http://www.wzb.eu/sites/default/files/publikationen/wzbrief/wzbrief_zivilengagement042011_baumgarten.pdf (Zugriff am 31.10.2012).

Behr, Karin; Liebig, Reinhard; Rauschenbach, Thomas; Düx, Wiebken (2000): *Strukturwandel des Ehrenamts*. Weinheim u.a.: Juventa.

Behnke, Joachim (2009): Vertrauen und Kontrolle. Der Einfluss von Werten auf Einstellungen zu politischen Institutionen, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 40, 379-413.

Berman, Sheri (1997): Civil Society and the Collapse of the Weimar Republic, in: *World Politics: a quarterly journal of international relations* 49, 401-429.

Böhnke, Petra (2006) *Am Rande der Gesellschaft. Risiken sozialer Ausgrenzung*. Opladen: Budrich.

Böhnke, Petra; Dathe, Dietmar (2010): Rückzug der Armen. Der Umfang freiwilligen Engagements hängt von der materiellen Lage ab - und von Bildung, in: *WZB Mitteilungen*, 128, 14-17. Download unter: <http://bibliothek.wzb.eu/artikel/2010/f-15740.pdf> (Zugriff am 31.10.2012).

Brömme, Norbert; Strasser, Hermann (2001): Gespaltene Bürgergesellschaft? Die ungleichen Folgen des Strukturwandels von Engagement und Partizipation, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 51, 6-14.

Bundeszentrale für politische Bildung (2011): Postdemokratie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 61.

Bündnis für Gemeinnützigkeit (o.Datum): Stellungnahme zur Nationalen Engagementstrategie der Bundesregierung, Download unter: http://www.buendnis-gemeinnuetzigkeit.org/_pdf/Nationale_Engagementstrategie_Stellungnahme_10122010.pdf (Zugriff am 31.10.2012).

CDU (2007): Freiheit und Sicherheit. Grundsätze für Deutschland. Kurzfassung des Grundsatzprogramms der CDU Deutschlands. Beschlossen auf dem 21. Parteitag in Hannover am 3. Dezember 2007. Download unter: <http://www.cdu.de/doc/pdfc/080215-grundsatzprogramm-kurz.pdf> (Zugriff am 31.10.2012).

CSU (2007): Chancen für alle! In Freiheit und Verantwortung gemeinsam Zukunft gestalten. Grundsatzprogramm des Parteitages der CSU vom 28. September 2007. Download unter: <http://www.csu.de/dateien/partei/gsp/grundsatzprogramm.pdf> (Zugriff am 31.10.2012).

Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode (2008): Unterrichtung durch die Bundesregierung. Lebenslagen in Deutschland - Dritter Armuts- und Reichtumsbericht, Berlin. Download unter: dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/099/1609915.pdf (Zugriff am 31.10.2012).

Bundesregierung (2010): Nationale Engagementstrategie der Bundesregierung, Berlin, Oktober 2010, Download unter: http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Themen/Politik_Gesellschaft/GesellZusammenhalt/engagementstrategie.pdf?__blob=publicationFile (Zugriff am 31.10.2012).

Die Grünen (2002): Die Zukunft ist grün. Grundsatzprogramm von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Berlin. Download unter: http://www.gruene-partei.de/cms/files/dokbin/68/68425.grundsatzprogramm_die_zukunft_ist_gruen.pdf (Zugriff am 31.10.2012).

Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements«. Deutscher Bundestag (2002): Bericht. Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft, Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements« des Deutschen Bundestages, Schriftenreihe Band 4, Opladen: Leske + Budrich.

Evers, Adalbert; Speth, Rudolf; Volkholz, Sybille; Ulrich, Anne (2010): Bürger-schaftliches Engagement in Grüner Perspektive. Sechs Thesen, in: Heinrich-Böll-Stiftung. Arbeitsgruppe Bürgerschaftliches Engagement der Grünen Akademie (Hg.): Engagiert! Gedanken zum neuen bürgerschaftlichen Engagement, Schriftenreihe Demokratie, 29, 9-13. Download unter: http://www.boell.de/downloads/Engagiert_V02_kommentierbar.pdf (Zugriff am 31.10.2012).

FDP (2012): 63. Ordentlicher Bundesparteitag der FDP: Verantwortung für die Freiheit. Karlsruher Freiheitsthese der FDP für eine offene Bürgergesellschaft.

Karlsruhe. Download unter: <http://www.fdp.de/Programm/1427b514/index.html> (Zugriff am 31.10.2012).

Fieschi, Catherine (2007): Commentary. It's a Civic Christmas, in: *Parliamentary Affairs* 60, 691-699.

Gabriel, Oscar W./ Holtmann, Everhard (2005): *Handbuch Politisches System der Bundesrepublik Deutschland*, München u.a. 2005, S. 523-573.

Gensicke, Thomas; Geiss, Sabine (2010): Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009: Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004 – 2009. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und Bürgerschaftlichem Engagement. Download unter: http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/3._20Freiwillegensurvey-Hauptbericht,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf (Zugriff am 30.10.2012).

Gombert, Tobias; Dahm, Jochen; Krell, Christian; Timpe, Martin (2012): *Staat, Bürgergesellschaft und Soziale Demokratie*, Lesebuch der Sozialen Demokratie, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung Eigenverlag.

Gosewinkel, Dieter; Rucht, Dieter; Daele, Wolfgang van den; Kocka, Jürgen (2004): Einleitung: Zivilgesellschaft. National und transnational, in: Gosewinkel, Dieter; Rucht, Dieter, Daele, Wolfgang van den Daele; Kocka, Jürgen (Hg.): *Zivilgesellschaft. National und transnational*, Berlin: Edition Sigma, 11-26.

Göttinger Institut für Demokratieforschung (2010): *Neue Dimensionen des Protests? Ergebnisse einer explorativen Studie zu den Protesten gegen Stuttgart 21*, veröffentlicht am 19.11.2010, Download unter: <http://www.demokratiegoettingen.de/content/uploads/2010/11/Neue-Dimensionen-des-Protests.pdf> (Zugriff am 11.05.2011).

Habermas, Jürgen (1998): *Faktizität und Geltung, Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Hodgkinson, Virginia A. (2003): *Volunteering in Global Perspective*, in: Dekker, Paul; Halman, Loek (Hg.): *The values of volunteering - cross-cultural perspectives*; New York u.a.: Kluwer Academic Publisher, 35-53.

Jörke, Dirk (2011): *Bürgerbeteiligung in der Postdemokratie*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 61, 13-18.

Jung, Otmar (2010): *Der Hamburger Volksentscheid über die Primarschule am 18.Juli 2010*, in: *md magazin* 3,10-15.

Klatt, Johanna; Lorenz, Robert (2011): *Manifeste. Geschichte und Gegenwart des politischen Appells*, Bielefeld: Transcript.

Klatt, Johanna; Walter, Franz (2011): *Entbehrliche der Bürgergesellschaft. Sozial Benachteiligte und Engagement*, Bielefeld: Transcript.

Kriesi, Hanspeter (2010): Restructuration of Partisan Politics and the Emergence of a New Cleavage Based on Values, in: West European Politics 33, 673–685.

Leggewie, Claus (2011): Mut statt Wut. Aufbruch in eine neue Demokratie, Hamburg: Edition Körber Stiftung.

Lenhart, Karin (2011): Engagement und Erwerbslosigkeit. Einblicke in ein Dunkelfeld, Download unter: <http://www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=07816&ty=pdf> (Zugriff am 31.10.2012).

Llanque, Markus (2004): Zivilgesellschaft und zivile Macht. Tocqueville und die politische Funktion der Assoziationen, in: Gosewinkel, Dieter; Reichardt, Sven (Hg.): Ambivalenzen der Zivilgesellschaft, WZB Discussion Paper Nr. SP IV 2004-501, 42-53. Download unter: <http://skylia.wzb.eu/pdf/2004/iv04-501.pdf> (Zugriff am 30.10.2012).

Mielke, Gerd (2004): Die Bürgergesellschaft. Das Modell der Zukunft? in: Rosenzweig, Beate; Eith, Ulrich (Hg.): Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft. Ein Gesellschaftsmodell der Zukunft? Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, 20-30.

Nolte, Paul (2003): Zivilgesellschaft und soziale Ungleichheit, in: Forschungsjournal Neue soziale Bewegungen 16, 38-45.

Nolte, Paul (2011): Von der repräsentativen zur multiplen Demokratie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 61, 5-12.

WELT online (2011): Bürger wollen mehr Mitsprache in der Politik (Umfrage von TNS Emnid), 13.06.2011, Download unter: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article13427371/Buerger-wollen-mehr-Mitsprache-in-der-Politik.html> (Zugriff am 27.09.2012).

O.V. (2012): Zivilgesellschaft mit Initiativen erfolgreicher als Parteien, in: Handelszeitung, 16.08.2012. Download unter: <http://www.handelszeitung.ch/politik/zivilgesellschaft-mit-initiativen-erfolgreicher-als-parteien> (Zugriff am 31.10.2012).

O.V. (o.Datum): Engagementstrategie der Regierung unter der Lupe, in: Homepage des Deutschen Bundestages. Download unter: http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2010/32655309_kw50_sp_engagement/index.html (Zugriff am 31.10.2012).

Petersen, Thomas (2009): Die unverdrossenen Nichtwähler, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.07.2009, 5.

Pitsoulis, Athanassios (2008): ‚Meinungsepidemien‘: Zur mathematischen Modellierung von kollektiven Kommunikationsprozessen, in: Forum der Forschung 21, 41-46.

Rauschenbach, Thomas (1999): ‚Ehrenamt‘- eine Bekannte mit (zu) vielen Unbekannten, in: Kistler, Ernst; Priller, Eckhard; Noll, Heinz-Herbert (Hg.): Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts. Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Meßkonzepte, Randnotizen zu den Defiziten der Ehrenamtsforschung, Berlin: Edition Sigma, 67-76.

Rehmet, Frank (Hg.) (2011): Volksbegehrens-Bericht 2010, Berlin 2011, Onlinereource, Download unter: http://www.mehr-demokratie.de/index.php?eID=tx_nawsecuredl&u=0&file=fileadmin/pdfarchiv/bund/2010-volksbegehrens-bericht.pdf&t=1309965986&hash=5050fea7b5f5b6d6b7c15c650169a90b (Zugriff am 05.07.2011).

Rijke, Johann de (2009): Politische Partizipation Jugendlicher und junger Erwachsener: Altes und Neues, in: Kaspar, Hanna; Schoen, Harald; Schumann, Siegfried; Winkler, Jürgen (Hg.): Politik – Wissenschaft – Medien, Wiesbaden 2009, 221-237.

Rucht, Dieter (2010): Engagement im Wandel. Politische Partizipation in Deutschland, in: WZBrief Zivilengagement, 1. Mai 2010. Download unter: http://bibliothek.wzb.eu/wzbrief-zivilengagement/WZBriefZivilengagement012010_rucht.pdf (Zugriff am 31.10.2012).

Schade, Jeanette (2002): ‚Zivilgesellschaft‘. Eine vielschichtige Debatte, in: INEF-Report 59. Duisburg, Eigenverlag, Institut für Entwicklung und Frieden, Download unter: <http://inef.uni-due.de/page/documents/Report59.pdf> (Zugriff am 30.10.2012).

Schäfer, Armin: Alles halb so schlimm? Warum eine sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet (2008), in: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung (Hg.): MPIfG Jahrbuch 2009. Onlinereource, Köln, 5-9, Download unter: <http://www.mpifg.de/aktuelles/themen/doks/jahrbuch-09-10-schaefer-280509.pdf> (Zugriff am: 31.10.2012).

Schmidt, Jürgen (2007): Zivilgesellschaft- Bürgerschaftliches Engagement von der Antike bis zur Gegenwart. Texte und Kommentare, Hamburg: Rowohlt.

Simsa, Ruth (2001): Die Zivilgesellschaft als Hoffnungsträger zur Lösung gesellschaftlicher Probleme. Zwischen Demokratisierung und Instrumentalisierung, in: Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. (Hg.): Europäische Integration als Herausforderung. Rolle und Reform der sozialen Dienste in Europa; Internetpublikation, S. 23-40. Download unter: www.soziale-dienste-in-europa.de/Anlage16341/Europaeische_Integration_als_Herausforderung.pdf (Zugriff am 31.10.2012).

SPD (2007): Hamburger Bundesparteitag der SPD. Hamburger Programm Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Hamburg. Download unter: http://www.spd-muenchen-au.de/uploads/programme/071028_Hamburger-Programm.pdf (Zugriff am 31.10.2012).

Stolle, Dietlind; Hooghe, Marc (2004): Inaccurate, Exceptional, One-Sided or Irrelevant? The Debate about the Alleged Decline of Social Capital and Civic Engagement in Western Societies, in: *British Journal of Political Science* 35, 149-167.

Stolterfohl, Barbara (2011): Die soziale Bedingtheit bürgerschaftlicher Teilhabe, in: *betrifft: Bürgergesellschaft* 19, Schriftenreihe des Arbeitskreis Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat, 1-9. Download unter: <http://library.fes.de/pdf-files/stabsabteilung/02915.pdf> (Zugriff am 30.10.2012).

Tocqueville, Alexis de (2006): *Über die Demokratie in Amerika*, Stuttgart: Reclam.

Togeby, Lise (1993): Grass roots participation in the Nordic countries, in: *European Journal of Political Research* 24, 159-175.

Walter, Franz (2006): SPD und Unterschicht Partei des gehobenen Proletariats, in: *Spiegel Online*, 21.10.2006. Download unter: <http://www.spiegel.de/politik/debatte/spd-und-unterschicht-partei-des-gehobenen-proletariats-a-443793.html> (Zugriff am 31.10.2012).

Walter, Franz (2011): Zwischen Bürgerprotest und Politikerverdrossenheit: Entgleitet uns die Demokratie?, Vortrag auf dem vhw-Kongress »Stärkung lokaler Demokratie« am 25. Februar 2011 in Berlin, in: *vhw Forum Wohnen und Stadtentwicklung* 2, 62-66.

Wuthnow, Robert (1998): *Loose connections. Joining together in America's fragmented communities*, Cambridge u.a.: Harvard University Press.

Zitationsvorschlag:

Klatt, Johanna (2012): Die Macht der Zivilgesellschaft und ihre ungleiche Verteilung (Ethik und Gesellschaft 2/2012: Demokratie und Sozialethik). Download unter: http://www.ethik-und-gesellschaft.de/mm/EuG-2-2012_Klatt.pdf (Zugriff am [Datum]).



ethikundgesellschaft ökumenische zeitschrift für sozialethik

2/2012: Demokratie und Sozialethik

Gary S. Schaal, Claudia Ritzi
Neoliberalismus und Postdemokratie: Bausteine einer kritischen Gesellschaftstheorie

Christian Polke
Demokratie im Umbruch? Bemerkungen aus protestantischer Sicht

Daniel Bogner
Das Politische neu denken. Braucht die christliche Sozialethik eine Theorie radikaler Demokratie?

Johanna Klatt
Die Macht der Zivilgesellschaft und ihre ungleiche Verteilung

Andreas Lob-Hüdepohl
Überflüssige Interessen? Politische Partizipation Benachteiligter als normativer Lackmestest für eine republikanisch verfasste Demokratie

Bernhard Bleyer, Bernhard Laux
Anwälte der Öffentlichkeit. Über Zivilgesellschaft, Befähigungsarbeit und den Auftrag der Kirchen

Jeannette Behringer
Bürgerschaftliches Engagement in der »Postdemokratie«. Bedingungen für ein demokratisches Potenzial

Christian Spieß
Katholische Kirche und Menschenrechtsethos. Von der Ablehnung zur Anerkennung der Religionsfreiheit

Anne Brüninghaus/Günter Feuerstein
Bioethik im Wunderland der Fiktion. Über die Rolle eines antizipierenden Diskurses am Beispiel des Psycho- und Neuroenhancement